

TRIBÜNE

Willkommenskultur gilt nicht für alle

Gastkommentar

von DANIEL WINKLER

Der Umstand, dass ein völlig irrationaler Angriffskrieg in Europa vor unserer eigenen Haustüre stattfindet, schafft eine grosse Betroffenheit, und die Offenheit und die Gastfreundlichkeit unserer Gesellschaft gegenüber Flüchtlingen aus der Ukraine berühren. Es ist das Wesen des Mitgeföhls, dass fremdes Leid zu eigenem Leid wird. Daraus erwächst der Wunsch, wo immer möglich Not zu lindern. Unsere Gesellschaft vollzieht in diesen Wochen einen Wandel, der uns wenigstens im Moment einfühlsamer und mitfühlender gegenüber Geflüchteten macht. Wird diese Veränderung auch auf Flüchtlinge aus anderen Ländern abfärben?

Der Kontrast zwischen dem Umgang mit aussereuropäischen und jenem mit binneneuropäischen Flüchtlingsgruppen ist momentan ein virulentes Thema. Dabei ist vorwegzunehmen, dass sich eine Not nicht mit der anderen verrechnen lässt und Geflüchtete aus der Ukraine nicht die geringste Verantwortung dafür tragen, wie wir in der Schweiz mit aussereuropäischen Flüchtlingen umgehen. Gleichwohl ist es bemerkenswert, dass die einen alle erdenklichen Freiheiten geniessen, abgewiesene Asylsuchende aber als extremstes Beispiel jahrelang unter überaus repressiven Bedingungen leben. Das Narrativ der Politik und der Behörden, die Leute seien an ihrer Situation selbst schuld, da sie nicht freiwillig zurückkehrten, ist für viele aussereuropäische Flüchtlingsgruppen falsch. Für Menschen aus Afghanistan, Äthiopien, Eritrea und Tibet sind die Rückkehrbedingungen massiv erschwert

Der Kontrast im Umgang mit ausser-europäischen und binneneuropäischen Flüchtlingsgruppen ist frappant.

oder gar unmöglich. Zum enormen Druck, der auf abgewiesene Asylsuchende erzeugt wird, gesellt sich ein äusserst träges System der Entscheidungswege. Beispiel Afghanistan: Nicht wenige wurden in der Vergangenheit weggewiesen, obwohl Afghanistan bereits vor der Machtübernahme durch die Taliban als eines der gefährlichsten Länder der Welt galt. Derzeit ist eine Rückschaffung weder zulässig noch technisch möglich. Gleichwohl leben einige noch immer in repressiven Nothilfestrukturen.

Das Staatssekretariat für Migration brauchte nach der Übernahme Kabuls fünf Monate, um festzustellen, dass Abgewiesene ihren Status jetzt legalisieren könnten. Selber wollte es für diese Menschen aber nicht aktiv werden: «Da keine gesetzliche Grundlage zur Überprüfung von Amtes wegen besteht, verbleiben diese in der Nothilfe.» Für die Lebenslage der Betroffenen ist das Wort Nothilfe ein zynischer Begriff. Das System ist auf massive Vergrämung angelegt. Ein Leben im Gefängnis bietet mehr Perspektiven als eines unter dem Nothilferegime notabene in einem Rückkehrzentrum: Ein Gefängnisaufenthalt ist befristet, das Leben im Rückkehrzentrum unbegrenzt. Gefangene können sich weiterbilden, in Nothilfestrukturen aber sind jegliche Ausbildungsmöglichkeiten ausgeschlossen. Im Gefängnis darf gearbeitet werden, in den Rückkehrzentren dagegen gilt ein vollständiges Arbeitsverbot.

Das Essen im Gefängnis ist gesünder. Mit einem Taggeld von 8 Franken pro Person lässt sich kaum Gemüse und Salat kaufen. Ein Vorteil hat das Rückkehrzentrum gegenüber dem Gefängnis: Man kann sich theoretisch frei bewegen. Wer aber kann sich mit 8 Franken Taggeld öV leisten? Immerhin sind Spaziergänge möglich. Ein Abgewiesener kann jedoch jederzeit als illegal anwesend gebüsst oder verhaftet werden. Die Angst ist sein täglicher Begleiter.

Angesichts des Kriegs in Europa verstärkt sich unsere Fähigkeit, leidende Menschen wahrzunehmen. Es bietet sich jetzt die einmalige Chance, diesen in unserem Land zu Unrecht geplagten Menschen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen und sie aus ihren künstlichen Gefängnissen zu befreien.

Daniel Winkler ist evangelisch-reformierter Pfarrer in Riggisberg und setzt sich mit der Aktionsgruppe Nothilfe unter anderem für Langzeitfälle in der Nothilfe ein.